

Wiedervereinigung beunruhigt die SED

Ulbricht versucht Diskussionen im Parteiapparat zu verhindern

Am 1. und 2. Juni fand in Ostberlin die 24. Tagung des SED-Zentralkomitees statt, auf der Walter Ulbricht über die durch die Wiedervereinigungs-Diskussion in der SED entstandene Lage sprach. Der 1. SED-Sekretär gab dabei offen zu, daß die Furcht vor einer nahenden Wiedervereinigung die Aktivität des gesamten unteren und mittlerei Parteiapparates lahmzulegen drohe. Wörtlich: „Es gibt auch solche Genossen, und das sind nicht wenige, die glauben, man dürfe jetzt nichts mehr für die Durchführung unserer Aufgaben tun, weil ‚es ja bald anders kommen‘ könne!“ Aus diesem Grunde hat Ulbricht auf jener ZK-Tagung ein Zehn-Punkte-Programm verkündet, in dem er Bedingungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands stellen will. Wer dieses Programm aufmerksam liest, kann daraus weitreichende Schlüsse ziehen.

Man muß berücksichtigen, daß diese zehn Thesen eine rein propagandistische Beruhigungspille für vorsichtig gewordene SED-Funktionäre sind. Niemand — selbst Ulbricht nicht — würde einen Augenblick daran denken, daß diese Forderungen vom Westen ernst genommen werden. Das Schwergewicht liegt einmal auf der Tatsache, daß sich Ulbricht überhaupt in dieser Form zur Frage einer möglichen Wiedervereinigung äußern muß, und zum anderen in den Maßnahmen, die die SED stillschweigend hintenherum vorbereitet hat.

Bluff mit Abrüstung

In These Nr. 1 fordert Ulbricht eine internationale Verständigung über Abrüstung und Atomwaffenverbot. Er hofft offenbar, diese Frage jetzt auf einen deutschen Tisch bringen zu können, um zu einem späteren Zeitpunkt eventuell die Auflösung der kasernierten Volkspolizei gegen einen Verzicht auf deutsche Wiederbewaffnung einzuhandeln. Wenigstens soll versucht werden, dieses Angebot anzubringen, wenn in Kürze die neue SED-Volksbefragung zum sowjetischen Abrüstungsvorschlag gestartet wird.

Punkt 2 ist das von Ulbricht

geforderte „Verbot jeglicher Kriegspropaganda“. Es ist besonders interessant, weil die Ostpresse gerade in den letzten Wochen eine militaristische Propagandakampagne großen Stils gestartet hat. Punkt 3 ist die alte Geschichte mit den „westlichen Agentenzentralen“. Hier kommt der FDJ-Hochverratsprozeß gegen Angenfort und Seiffert zurecht, der blitzartig das kommunistische Verschwörernetz gegen die Bundesrepublik enthüllte. Punkt 4: Abzug der Besatzungstruppen. Sowjets an die Oder, US-Truppen an den Mississippi! Bundesrepublik entmilitarisiert, Sowjetzone mit illegal bewaffneten kommunistischen Bürgerkriegs-Brigaden! Es ist klar, daß eine solche Forderung wirklich nur als Beruhigungsspiel für die beunruhigten Genossen in Frage kommt.

Ulbricht sucht Kontakt

Die weiteren „Wiedervereinigungs-Vorschläge“ des SED-Sekretärs sind von dem Gedanken getragen, um jeden Preis mit westlichen Interessenskreisen in Kontakt zu kommen, die einem „Deutsche an einen Tisch“-Gespräch mit der SED unter Umständen gewogen sind. Ulbrichts nächste Punkte gelten daher der „Festigung der Wirtschaftsbe-

ziehungen“, Zusammenarbeit auf sportlichem und kulturellem Gebiet sowie dem „Austausch von Arbeiter-, Jugend- und Parlamentsdelegationen“.

Die SED läßt hier — zusätzlich zu solchen offiziellen Erklärungen — Gerüchte lancieren, wonach sie im Falle einer „annehmbaren Wiedervereinigung“ auch wirtschaftliche Wiedergutmachungs-Ansprüche berücksichtigen werde. Gleichzeitig werden systematisch Maßnahmen zur Liquidierung der restlichen Privatwirtschaft in der Zone durchgeführt.

Hier wie bei allen anderen Äußerungen Ulbrichts steht das Bemühen im Vordergrund, auf jeden Fall „am Mann zu bleiben“. Mit westdeutschen Partnern in ein Gespräch — gleich welcher Art — zu kommen, um zu verhindern, daß die Frage der deutschen Wiedervereinigung eines Tages ganz plötzlich über den Kopf der SED hinweg an einem größeren Tisch entschieden wird.

Wenn jetzt diese Ulbricht-Rede und die Thesen des 24. ZK-Plenums die SED-Propaganda der nächsten Wochen bestimmen werden, muß man zuerst die Hintergründe analysieren, um dann befriedigt feststellen zu können, daß auch der Warschauer Pakt den Kommunisten nicht die Möglichkeit gegeben hat, an der Frage der Wiedervereinigung vorbeizugehen.

Heute redet Ulbricht zu diesem Thema noch leere Phrasen, während man im Parteiapparat bereits ernsthaft darüber diskutiert. Morgen wird auch Ulbricht deutsch reden müssen, wenn es dann noch nötig und nicht vielleicht schon überflüssig ist.

Weltpolitik auf Reisen

DT. Dem Juli als dem Monat, in dem voraussichtlich die Konferenz der vier Mächte stattfinden wird, geht der Juni als ein Reise Monat der Weltpolitik voraus, der einer intensiven Vorbereitung jener Konferenz dient. Die Männer des Kremls machten ihren Besuch in Belgrad und anschließend in Sofia und Bukarest, wo sie offenbar klarstellten, daß nach dem Moskauer Beispiel nun auch die Satelliten wieder freundliche Beziehungen zu Jugoslawien pflegen müßten.

In London traf der indische Sonderbotschafter Krishna Menon ein, um dort und später in Washington als Vermittler im Formosa-Streit über die Ergebnisse seiner Pekinger Bemühungen zu berichten. Der indische Ministerpräsident Nehru selbst hat sich gleichfalls nach Europa aufgemacht. Sein wichtigster Besuch gilt Moskau, wo er in Besprechungen mit dem Kreml „der Milderung der Weltspannungen dienen“ will.

In wenigen Tagen schließlich wird sich der Bundeskanzler auf seine dritte Reise nach den USA begeben, um von den amerikanischen Staatsmännern zu einem sicher wichtigen Gedankenaustausch empfangen zu werden. Er wird dort vielleicht auch die Außenminister Frankreichs und Großbritanniens treffen, die dann auf dem Wege nach San Franzisko zur Teilnahme an der Jubiläumstagung der UN sein werden.

Die dritte Gefahr

In diesem weltpolitischen Reisebetrieb zwischen dem Inkrafttreten der Pariser Verträge und der Viererkonferenz war der Moskauer Besuch in Belgrad der erste Akt. Die ihn abschließende Belgrader Erklärung hat wieder einmal gezeigt, daß es nicht leicht ist, Kommunist zu sein.

Ist man es, dann muß man mit seinen ideologischen Bekenntnissen haarscharf aufpassen und blitzschnell reagieren, damit die Linientreue jeweils der Zickzacklinie der kommunistischen Lehre folgen kann. Wer gestern noch behauptete, daß es keinen nationalen Eigen-

weg zum Sozialismus gebe, der hat es jetzt in der Belgrader Erklärung schwarz auf weiß, daß „die konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus ausschließlich Angelegenheit der Völker der einzelnen Länder sind“.

Für die Behauptung dieser Wahrheit von heute, die gestern noch eine Ketzerei war, mußten in den vergangenen Jahren manche als Opfer der kommunistischen Satelliten-Justiz sterben. Die Opfer können morgen jene anderen sein, die in der Wahrheit von gestern stehenbleiben und es etwa wagen, den Titoismus weiter als eine verbrecherische Abweichung von den Lehren Moskaus zu brandmarken. Ein guter Kommunist muß also ein sehr empfindliches Fellgerät haben, um den jeweils richtigen ideologischen Standort feststellen zu können.

Aber es gibt hier noch eine dritte Gefahr. Sie besteht in der Annahme, daß das, was die Machthaber des Kremls aus klug berechneter Bußfertigkeit Tito grundsätzlich zugestanden haben, nun auch von den beherrschten Satellitenländern praktisch in Anspruch genommen werden könnte.

Ihr Recht auf den eigenen Weg zur Gestaltung des Sozialismus steht ebenso nur auf dem Belgrader Papier, wie das Recht der sowjetischen Republiken zum Austritt aus der Union nur auf dem Papier der sowjetischen Verfassung steht.

Das Belgrader Papier gilt praktisch nicht für die dem unmittelbaren Zugriff Moskaus ausgesetzten Satelliten. Aber das hindert gewiß nicht, daß die Unterworfenen über das Dokument eifrig nachdenken.

In der Zone wird man auch darüber nachdenken, daß die Kommentare der kommunistischen Presse das von Moskau zugestandene Recht der Völker auf den eigenen Weg zum Sozialismus überhaupt nicht erwähnen. Das bestätigt jedenfalls, daß es nur zum sowjetisch-jugoslawischen Hausgebrauch bestimmt ist.

Auch ein Gedenktag

Ein hübsches Papier, das zum Nachdenken anregt, ist auch der Gründungsauftrag der KPD, wie sie sich damals noch zu nennen wagte, aus dem Juni 1945. Das ist auch ein Gedenktag aus der

Zeit vor zehn Jahren, und man sollte ihn nicht übersehen.

Dieses kommunistische Parteiprogramm bietet eine fast rührende Lektüre. Mit der Unterschrift von Pieck und Ulbricht wird dort versichert, daß nun „die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen“ sei. Dieser vielleicht zweideutigen Formulierung folgt das treuherzige Geständnis, „daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre“. Richtig und notwendig sei vielmehr ein anderer Weg: „und zwar der Weg ... einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“.

Es ist kaum zu erwarten, daß die kommunistische Presse diesen Gründungsauftrag „zur Feier des Tages“ noch einmal veröffentlichten wird. Das war nämlich damals der betrügerische Versuch, die eigentlichen Ziele Moskaus und des Kommunismus zunächst zu verschleiern, die dann die weitere Entwicklung grausam enthüllte.

In dem aus Moskau importierten Plan war zweifellos auch die Spaltung Deutschlands unausgesprochen bereits eingeschlossen, und zwar für den Fall, daß das Ziel der Sowjetisierung Deutschlands mit den vorgesehenen „demokratischen“ Mitteln nicht erreichbar sein würde.

Walter Ulbricht hat soeben im Rückblick auf das üble Werk eines Jahrzehnts erklärt, daß Pankow jederzeit gewillt sei, „an Verhandlungen mit Vertretern Westdeutschlands teilzunehmen, die der Entspannung der Lage in Deutschland und der Wiedervereinigung Deutschlands dienen“.

Wir können ihm nur erwidern, daß der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands, weil sie entgegen seinen Zielen nur eine Wiedervereinigung in Freiheit sein darf, nicht über Pankow führen kann.

Das unterstreicht nur die Notwendigkeit, daß es in dem der Viererkonferenz vorausgehenden weltpolitischen Reisebetrieb keine Begegnung und kein Gespräch der auf hoher Ebene Verantwortlichen geben darf, das sich nicht wirklich ernst und bereitwillig mit der Lösung der Deutschlandfrage befaßt.

Abgelehnt

Bonn (DPA). Der DGB-Vorstand hat es abgelehnt, eine Delegation zu dem vom 15. bis 20. Juni stattfindenden Kongress des FDGB in der Sowjetzone zu entsenden.

Drei neue Minister

Bonn (AP). Bundeskanzler Adenauer hat mitgeteilt, daß Dr. von Brentano als Außenminister, Blank als Verteidigungsminister und Dr. von Merkatz als Minister für Angelegenheiten des Bundesrates auf der nächsten Sitzung des Bundestages vereidigt werden.

Das erste Wehrgesetz

Nur drei Paragraphen — 150000 Freiwillige

Bonn (Eigenmeldung). Der Gesetzentwurf über die „vorläufige Rechtsstellung der Freiwilligen in den Streitkräften“, den die Bundesregierung soeben dem Bundesrat zugeleitet hat, ist, gemessen an seiner Bedeutung, von erstaunlicher Kürze. Er enthält nämlich nur drei Paragraphen.

Im ersten wird festgestellt, daß der Aufbau der Streitkräfte in der Bundesrepublik mit der Einstellung von freiwilligen Soldaten beginnt, auf die bis zum Erlaß eines besonderen Gesetzes die für Bundesbeamte geltenden Vorschriften sinngemäß Anwendung finden sollen. Der freiwillige Soldat hat die Pflicht, „treu zu dienen und Vaterland und Freiheit unter Einsatz seiner Person tapfer zu verteidigen“.

In Paragraph 2 wird die Bundesregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu bestimmen, welcher Besoldungsgruppe und Dienstaltersstufe die freiwilligen Soldaten bis zu einer

Deutsches Mitspracherecht

Durch Eisenhower bekräftigt — Vor der Viererkonferenz

Washington (AP/DPA). Die bevorstehende Konferenz der vier Regierungschefs werde selbstverständlich auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung und der Zukunft Osteuropas erörtern. Dies erklärte Präsident Eisenhower auf einer Pressekonferenz in Washington. Die Deutsche Bundesrepublik, so betonte der Präsident, würde an jedem Abkommen über die deutsche Wiedervereinigung beteiligt sein.

Über den Zeitpunkt der geplanten Viererkonferenz sagte Eisenhower, die Vereinigten Staaten legten Wert darauf, daß sie in „einigermaßen naher Zukunft“ stattfindet. Er betonte erneut, seiner Meinung nach sei eine Konferenz der Regierungschefs nicht dazu geeignet, Einzelprobleme zu lösen, sondern die Richtlinien für ihre Lösung zu geben. Am 18. Juni werde er aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Gründung der UN zu der Sondersitzung der UN-Vollversammlung nach San Francisco reisen. In San Francisco wollen die Außenminister der drei Westmächte mit ihrem sowjetischen Kollegen Molotow Einzelheiten über die Konferenz „auf höchster Ebene“ besprechen.

Die vier Regierungschefs, so fuhr Eisenhower fort, hätten nach amerikanischer Ansicht bei dem Treffen drei Aufgaben: 1. Prüfung der Atmosphäre, 2. Besprechung der Probleme im allgemeinen und 3. Bestimmung der Methoden, die bei einer Lösung besonderer Weltprobleme mit Erfolg angewandt werden könnten.

endgültigen Regelung zuzurechnen sind.

Der dritte Paragraph bestimmt, daß das Gesetz nur bis zum Inkrafttreten des Soldatengesetzes und des Besoldungsgesetzes für die Soldaten gültig bleibt; es soll spätestens am 31. März 1956 außer Kraft treten.

Es handelt sich hier um das erste innerdeutsche Gesetz, das dazu dient, die militärischen Bestimmungen der Pariser Verträge zu verwirklichen. Das Verfahren, das hierbei angewendet wird und das durch die Einstellung freiwilliger Soldaten gekennzeichnet ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Bundesrepublik militärisch gesehen, seit einem Jahrzehnt ein völliges Vakuum bildet. Deshalb ist zunächst der Rückgriff auf Freiwillige notwendig, die als die Ausbilder der künftigen Streitkräfte und als ihr Kader zu betrachten sind. Ihre Zahl soll ungefähr 150 000 Mann betragen.

Der Straßenzoll

Berlin (Eigenmeldung/DPA/AP). Das Sowjetzonen-Ministerium für Verkehrswesen hat nach Verhandlungen mit Beauftragten des Bundesverkehrsministeriums eine Senkung der am 1. April erhöhten Straßennutzungsgebühren angeordnet.

Nach der neuen Gebührenordnung, die am 10. Juni in Kraft tritt, sollen die Gebühren für Motorräder, Personewagen und Omnibusse bis zu 50 Prozent ermäßigt werden. Die Erleichterungen für den Güterfernverkehr sind hingegen minimal. Sowohl von seiten der Bundesregierung als auch vom Berliner Senat ist die Gebührensankung als geringfügig bezeichnet worden. Sie bedeute keine Erfüllung berechtigter Forderungen.

Heimat-Kundgebungen

Berlin (Eigenbericht). Auf mehreren großen Heimattreffen haben während der Pfingstfeiertage mehr als 700 000 Heimatvertriebene ihren Willen bezeugt, der alten Heimat die Treue zu halten und wieder zu ihr zurückzukehren.

Zuchthaus für FDJ-Führer

Karlsruhe (AP/DPA). Der Leiter der in der Bundesrepublik verbotenen Freien Deutschen Jugend, Josef Angenfort, ist vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und wegen Zersetzung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Wegen der gleichen Straftaten erhielt der FDJ-Spitzenfunktionär Wolf-

gang Seifert vier Jahre Gefängnis.

In der Urteilsbegründung erklärte Senatspräsident Dr. Geier, dieser Prozeß sei kein politisches Verfahren gewesen. Die Angeklagten seien nicht verurteilt worden, weil sie sich politisch betätigten, sondern nur deshalb, weil der Senat zu der Überzeugung kam, daß sie strafbare Handlungen begangen hätten.

Lebhaftes Echo auf Belgrad

Gemäßigtes Schlußkommuniqué — Die deutsche Frage

Belgrad (DPA/AP). Der jugoslawische Staatspräsident Marshall Tito und der sowjetische Ministerpräsident Bulganin — nicht Parteichef Chruschtschow — haben am Donnerstag ihre Unterschriften unter eine gemeinsame jugoslawisch-sowjetische Erklärung gesetzt. Mit ihr sollen die seit Jahren gestörten Beziehungen zwischen beiden Ländern auf eine neue Basis gestellt werden.

Die Erklärung fordert u. a. die Bereinigung aller internationalen Streitfragen durch Verhandlungen und nennt als dringendstes Problem die deutsche Frage, die „auf demokratischer Grundlage entsprechend den Wünschen und Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der allgemeinen Sicherheit“ zu regeln sei.

Von den kommunistischen Parteien der beiden Staaten ist in der Erklärung nicht die Rede. Die sowjetisch-jugoslawische Erklärung ist in der ganzen Welt mit größtem Interesse aufgenommen worden.

In westlichen Kreisen Belgrads wurde auf den äußerst gemäßigten Ton der Erklärung hingewiesen. Die Bedeutung des Kommuniqués liege wahrscheinlich in der Auswirkung, die es auf andere kommunistische Staaten in Europa haben werde. Bisher habe es kein Kommunist gewagt, die Herrscher des Kremls so zu behandeln, wie es Tito tat.

In London sagte ein Sprecher des britischen Außenministeriums, die Zusicherungen, die Tito vor Beginn der Verhandlungen den Westmächten gegeben hat, seien offenbar eingehalten worden. Tito hatte damals versichert, daß Jugoslawien keinen Kurswechsel beab-

sichtige. Auch in Paris wurde die Belgrader Erklärung begrüßt.

In Washington begrüßte ein Sprecher des US-Außenministeriums „die offensichtliche Anerkennung von Jugoslawiens Unabhängigkeit durch die Sowjetunion“.

Ostblock-Konferenz in Bukarest

Auflösung des Kominform?

Bukarest (DPA/AP). Führende Staatsmänner der Sowjetunion, Ungarns, Rumäniens und der Tschechoslowakei hatten sich zum Wochenende in der rumänischen Hauptstadt Bukarest versammelt. Die sowjetische Regierungsdelegation mit Chruschtschow, Bulganin und Mikojan an der Spitze hatte erst noch am Freitag der bulgarischen Hauptstadt einen Besuch abgestattet.

Man vermutet, daß die Belgrader sowjetisch-jugoslawische Erklärung das Hauptthema der Besprechungen in Bukarest ist. In Wiener diplomatischen Kreisen wurde zu dem Treffen in Bukarest erklärt, es sei nicht ausgeschlossen, daß als Preis für die in Belgrad vereinbarte Politik der „aktiven Koexistenz“ und der Nichteinmischung in politische und ideologische An-

Kommunisten verhaftet

Athen (AP). Die Verhaftung von 54 griechischen Kommunisten, die teilweise aus Bulgarien illegal nach Griechenland gekommen waren, wurde von der griechischen Regierung bekanntgegeben. Ihre Aufgabe bestand darin, einen neuen kommunistischen Spionagering zu organisieren.

Scelba nach Deutschland

Messina (DPA). Der italienische Ministerpräsident Scelba hat eine Einladung zu einem Besuch der Bundesrepublik angenommen. Ein Termin steht noch nicht fest.

gelegenheiten Jugoslawiens das Kominform aufgelöst werden soll. Auch der indische Ministerpräsident Nehru hatte sich kürzlich für die Auflösung dieser Nachfolge-Organisation der 1941 aufgelösten Komintern ausgesprochen.

Montan-Ausschuß gebildet

Messina (DPA). Der Minister der Montanunion hat in Messina die Bildung eines Sachverständigen-Ausschusses beschlossen, der Möglichkeiten für einen europäischen Zusammenschluß auf wirtschaftlichen Teilgebieten prüfen und dem Ministerrat bis zum 1. Oktober einen Bericht vorlegen soll.

Der frühere französische Ministerpräsident René Mayer wurde zum neuen Präsidenten der Hohen Behörde bestellt. Als Vizepräsidenten wurden Franz Etzel und Albert Coppe (Belgien) bestätigt.

Mayer war vom 7. Januar bis 21. Mai 1953 französischer Ministerpräsident. Er hat mehreren französischen Regierungen als Finanz- und Wirtschaftsminister angehört.

Luftschutz wird Pflicht

Bonn (Eigenmeldung). Ab 1956 soll jeder Neubau, der im Bundesgebiet errichtet wird, einen Luftschutzraum erhalten. Das ist der Kern des Dreijahresprogramms für den Luftschutz, das die Bundesregierung beschlossen hat.

Ausverkauf der USIA-Betriebe

Wien (AP). Die von den Sowjets geführten Betriebe in Österreich (USIA) sind in Gefahr, vor ihrer Rückgabe ausgeplündert zu werden, meldete die Sozialistische Nachrichtenagentur in Wien. In vielen dieser Betriebe werden regelrechte Ausverkäufe an Rohmaterialien und Betriebsmitteln durchgeführt, die ernstlich den Weiterbestand der Unternehmen gefährden.

Peking gibt Gefangene frei

Hongkong (DPA). Vier von fünfzehn in Rotchina gefangen-

gehaltenen amerikanischen Piloten wurden aus ihrer Haft entlassen und an der Grenze der Kronkolonie Hongkong noch in Gefängniskleidung vom Luftfahrtattaché beim amerikanischen Generalkonsulat in Empfang genommen.

Die überraschende Freilassung ist als eine entgegenkommende Geste der Pekinger Regierung auch in den USA begrüßt worden.

Das Vieh brüllt in den Ställen

Bericht aus dem Wunderland sowjet-deutscher Kolchosen

L.P.G., die Abkürzung für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, ist in der Sowjetzone die deutsch-kommunistische Übersetzung für das russische Wort Kolchose. Weshalb aber das riesige Kolchosenexperiment auf deutschem Boden, das zur schrittweisen Ausstülpung eines freien Bauernstandes führen soll, versagt, darüber gab ein dieser Tage nach Westberlin geflüchteter Vorsitzender einer solchen L.P.G. eines sächsischen Bezirks einen eindrucksvollen Bericht.

Die von ihm geleitete L.P.G. hatte dreißig Mitglieder, davon besaßen knapp die Hälfte einige landwirtschaftliche Erfahrungen. Laut Planung sollten aber 55 Mitglieder eingesetzt werden. So bildete dieser Mangel an fachlichen Arbeitskräften bereits das erste große Hindernis. Alle Bemühungen der SED-Kreis- und Bezirksleitungen, Industriearbeiter oder abgebaute Verwaltungskräfte aus der Stadt zum Beitritt in die L.P.G. zu veranlassen, scheiterten in letzter Zeit: In einem Jahr gewann die L.P.G. nicht ein einziges neues Mitglied.

Seit ihrer im Jahr 1952 erfolgten Gründung hat diese L.P.G. 150 000 Mark Schulden gemacht. Während das Einkommen laut Planung im letzten Jahr 130 000 Mark betragen sollte, gingen tatsächlich nur 75 000 Mark ein. Infolgedessen muß der Staat laufend hohe Vorschüsse zahlen.

Das Defizit dürfte in diesem Jahr noch höher sein als 1954, da nunmehr die zweijährige Steuerfreiheit für neugegründete L.P.G. fortfällt.

Schulden über Schulden

Ganz allgemein arbeiten die L.P.G. mit hohen Verlusten. Im Kreis Bautzen gibt es 39 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften. Sie sind sämtlich schwer verschuldet und völlig unrentabel.

Die L.P.G. sollen zwar Vorbilder der modernen Landwirtschaft sein, sind jedoch meistens nur lebendige Muster dafür, welches Unheil die staatliche Bürokratisierung und das Wirken der SED-Planer in der Agrarwirtschaft anrichten.

So besitzt zum Beispiel diese sächsische Kolchose modernste Stallungen mit Apparaten zum elektrischen Melken der Kühe. Diese konnten aber leider in den letzten Monaten nicht ver-

wandt werden, da der elektrische Strom auf dem Land stets zu schwach war.

Die ständige Verwirrung in der Betriebsführung wird verständlich, wenn man den komplizierten bürokratischen Apparat betrachtet, der auf einem solchen L.P.G.-Gut zu bestimmen hat. Zwölf verschiedene Funktionäre haben mit- und herenzureden. Dazu kommt nochmals die gleiche Anzahl von Funktionären auf der Bezirksebene und schließlich in den vorgesetzten Regierungsstellen.

Als im vergangenen Herbst schwere Regenfälle die Einbringung der Ernte äußerst erschwerten, wurde die L.P.G. der Reihe nach von elf verschiedenen Funktionären, angefangen von einem Vertreter des Staatssicherheitsdienstes, der nach „Sabotage“ schnüffelte, bis zu einem Sonderdelegierten des SED-Zentralkomitees, teilweise sogar mehrfach besucht. Sie alle erteilten nach einer Besichtigung von durchschnittlich 15 Minuten Befehle über die schnelle Einbringung der Ernte.

Der Hinweis eines L.P.G.-Vorsitzenden auf die ungünstige Wetterlage löste bei einem SED-Kreissekretär die Bemerkung aus: „Genosse, wenn du im letzten Jahr nicht beim ‚Parteilchjahr‘ gefehlt hättest, würdest du jetzt als Marxist-Leninist auch

mit dieser Situation fertig werden.“

Ein junges SED-Talent

Die Landbestellung einer L.P.G. wird von einem Agromom der MTS kontrolliert. Im Kreis Bautzen war dieser Agrar-Experte der Partei ein einundzwanzigjähriges Mädchen. Sie kam von einer Landwirtschaftsschule und stand allen praktischen Fragen völlig ahnungslos gegenüber. Mit besserwissernder Arroganz setzte sie eine Saatmenge fest, die nur die Hälfte der für die Felder tatsächlich benötigten Saaten betrug. Das Ergebnis war, daß der Ertrag nur fünfzig Prozent der vorgesehenen Planung ergab. Erst nach diesem Fiasko wurde die SED-Agromom in versetzt.

Für jede L.P.G. besteht die Patenschaft eines volkseigenen Betriebes. Die Hilfe aus der Stadt besteht vor allem in der Entsendung von Aufklärungsbrigaden, die politische Vorträge halten und Flugblätter verteilen. Kommt es einmal zum Ernteinsatz, so sind die Ergebnisse recht mager.

Augenblicklich leiden die L.P.G. in der gesamten Sowjetzone unter einer katastrophalen Futtermittelnot. Überall brüllt hungriges Vieh in den Ställen. Die dringenden Futteranforderungen der Vorsitzenden der L.P.G. gelten als Sabotageversuche. Sie rufen die Staatssicherheitsbehörden auf den Plan. Um sich solchen Verfahren zu entziehen, flüchteten daher in letzter Zeit zahlreiche Leiter dieser deutschen Kolchosen nach dem Westen.

Schnüffelei mit Röntgengeräten

Berlin (Eigenmeldung). Die sowjetzonalen Paketpostämter sollen nach Informationen des Untersuchungsausschusses freier Juristen in den nächsten Wochen mit neuartigen Durchleuchtungsapparaten für Pakete ausgestattet werden.)

Dompropst Hickmann †

Berlin (AP). Der ehemalige zweite Vorsitzende der Sowjet-

zonen-CDU, Professor Hugo Hickmann, ist im Alter von 78 Jahren in Dresden einem Herzschlag erlegen. Er war 1950 wegen seiner Opposition gegen kommunistische Bestrebungen von der SED zum Rücktritt gezwungen worden. Er widmete sich in den letzten Jahren seines Lebens nur noch rein kirchlichen Aufgaben und war zuletzt Dompropst von Meißen.

In Freiheit lernen

Ost-Abiturienten flüchten nach Westberlin

Berlin (Eigenbericht). Unter dem erheblich verstärkten Druck auf die Jugend der Sowjetzone, in die Volkspolizei, d. h. die östliche Kaderarmee, einzutreten, flüchten neuerdings viel mehr angehende Abiturienten und Schüler höherer Schulen der Zone nach Westberlin.

Die Schulen der Zone verweigern auf Befehl der SED sogar die Aushändigung des Reifezeugnisses oder schon die Zulassung zur Reifeprüfung, "wenn die Verpflichtung des Schülers, sofort in die Vopo einzutreten, nicht vorliegt. Darum haben sich die Aufnahmeanträge bei den Westberliner Schulbehörden von Ost-Abiturienten gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres etwa vervierfacht. Da der Militärzwang in der Zone ebenso wie der Druck auf die Lehrer, linientreu zu werden, immer weiter zunehmen wird, ist jetzt schon unübersehbar, welchen Umfang die Bitten mitteldeutscher Jugendlicher, in Westberliner Schulen aufgenommen zu werden, noch annehmen werden.

Bisher wurden die Ost-Abiturienten unter erheblichen finanziellen Aufwendungen der Stadt in einigen Schulen zusammengefaßt, da das Wissen, das sie mitbringen, vielfach stark von dem Niveau Westberliner Normalklassen abweicht.

Die Stadt hat dazu erfahrene ältere Lehrer, junge Lehrer und aus der Zone geflüchtete Lehrer eingesetzt, die sich dieser Abiturienten besonders annehmen. In wachsendem Umfang ist es gelungen, die Unterbringung in Heimen und Familien auch mit

Hilfe karitativer und kirchlicher Verbände zu organisieren.

Obwohl die Stadt Berlin bereit ist, das äußerst Mögliche für diese häufig menschlich und charakterlich wertvollen Jugendlichen, die sich nach dem Wissen, der Freiheit und den Lebensmöglichkeiten des Westens sehnen, zu tun, taucht angesichts des immer größer werdenden Umfangs des Problems die Frage nach der gesamtdeutschen Verantwortung auch des Bundes auf.

In die Berliner höheren Schu-

Ruhmlose Heimkehr für SED-Schläger

In Ostberlin sehr kühl aufgenommen

Berlin (Eigenbericht). Nachträglich sind Einzelheiten zu dem am Pfingstsonnabend in Westberlin (Tiergarten) gestarteten kommunistischen Krawall bekanntgeworden, die zeigen, daß diese Provokation von langer Hand vorbereitet worden ist und daß sich selbst die Genossen dieser SED-Schläger mit solchen Methoden nicht identifizieren möchten. Wie die SED-Presse jubelnd meldete, nahmen mehrere tausend SED-Leute an den blutigen Ausschreitungen teil, für die man ein Wiedersehen treffen von Angehörigen der ehemaligen Berliner „Bärendivision“ als Vorwand nahm.

Jetzt erklärten bei dem Überfall verhaftete FDJ-Mitglieder, sie seien bereits Wochen vor Pfingsten in allen Einzelheiten mit einer solchen Aktion vertraut gemacht worden. Das „Bärendivisions“-Treffen sei

len sind früher schon viele Jugendliche aus den naheren Randgebieten rings um Berlin gegangen, während die Groß- und Mittel- und sogar die Kleinstädte eigene gute höhere Schulen hatten. Heute aber ist schon eine vierstellige Zahl von Ost-Abiturienten an Westberliner Schulen.

Selbst wenn hier und da tatsächlich ein Abiturient oder Student später in die Zone zurückgeht, kann die Wichtigkeit dieser Arbeit an der Jugend der Zone kaum überschätzt werden. Man wird sich deshalb auch schwer zu einer Kontingentierung, einem Numerus clausus, einer Beschränkung der aufgenommenen Zahl entschließen.

überhaupt erst später zur Sprache gekommen.

Während die verwundeten Berliner Polizisten, die auf den Gebrauch ihrer Waffen verzichtet hatten, von der Bevölkerung verbunden und zum Teil schwer verletzt abtransportiert wurden, nahm man die — größtenteils durch eigene Steinwürfe — verletzten Kommunisten in den Ostberliner Krankenhäusern betont frostig auf.

Zur Zeit läuft ein Verfahren gegen drei leitende Ärzte des Friedrichshain-Krankenhauses, die nach Anhören der „Krankheitsgeschichte“ den Schlägern nur Notverbände anlegen ließen und sie zum Volkspolizei-Krankenhaus Scharnhorststraße weiterschickten.

Bei „Gaselan“, „Glühlampenwerk“ und „VEB Fortschritt“, drei Ostberliner Großbetrieben, wurden die Rowdies auf Abteilungsversammlungen ausgepöfiften, als sie nach Pfingsten mit ihren „Heldentaten“ prahlen wollten. Sogar SED-Mitglieder verurteilten offen diese Terrormethoden.

Erfolg: Die Genossen wollen von sogenannten „Westensätzen“ nun gar nichts mehr wissen. Die SED-Kreisleitung Berlin-Tiergarten mußte drei seit Pfingsten vorgesehene Versammlungen ausfallen lassen, weil sie befürchtete, daß sich nicht einmal ihre eigenen Funktionäre der aufgetragenen Westberliner Bevölkerung zu zeigen wagen!

Pankow sabotiert Kirchentreffen

Berlin (Eigenbericht). Das für Ende August geplante Evangelische Kirchentagstreffen in Brandenburg/Hayel wird nicht stattfinden. Die Verhandlungen des Kirchentagspräsidiums mit Pankow haben nach Mitteilung des Präsidiums zu keinem positiven Ergebnis geführt. Anlässlich einer Unterredung des Kirchentagspräsidenten Dr. von Thadden-Trieglaff im Januar dieses Jahres mit Grotewohl war ein

Kirchentagstreffen im Bereich der Berlin-Brandenburger Kirche in Aussicht genommen worden.

Diese Veranstaltung sollte im Zusammenhang mit dem in Duisburg geplanten Niederrheinischen Kirchentag stehen. Wechselseitige Besuche sollten die kirchliche Verbundenheit zwischen West und Ost auch in dem kirchentagfreien Jahr auf provinzieller Ebene dokumentieren.

Schlußkommuniqué in Belgrad



„Natürlich sind wir ein totalitärer Staat, aber ein fitolitärer!“

Telefon-Chaos bei der Eisenbahn

Ohne Benachrichtigung der in Westberlin gelegenen Fernmeldemeisterei wurde am Mittwoch vergangener Woche jede Verbindung der Westberliner S-Bahnhöfe mit Dienststellen im Ostsektor unterbrochen. Wie nicht anders zu erwarten war, begründet die SED die Trennung mit der Behauptung, die Leitungen seien von „Spionen und Agenten“ benutzt worden.

Bisher bildete das sogenannte Basa-Eisenbahn-Telefonnetz innerhalb von Berlin noch eine Einheit. Vor etwa zwei Jahren waren die Anschlüsse nach der Zone abgeschaltet worden. Nunmehr ist auch eine Trennung innerhalb Berlins erfolgt.

Seitdem herrscht im Telefonverkehr zwischen den Westberliner Eisenbahndienststellen und dem Ostsektor ein einziges Durcheinander. Schon Anfang

des Jahres traf das sowjetzonale Verkehrsministerium auf Anweisung des Staatssicherheitsdienstes in aller Stille Vorbereitungen, um ein neues Telefonsystem zu schaffen, das eine bessere Überwachung ermöglicht. Kabelverlegungen wurden nach außen als normale Überholungsarbeiten getarnt. Ende Mai wurde der Befehl für die Trennung gegeben. Bei der Unterbrechung der Telefonverbindungen wurden unter großen Schwierigkeiten die Leitungen umgeschaltet.

Trotzdem hat der gesamte Verwaltungsapparat der Eisenbahn in Westberlin diese kommunistische „Operation“ nicht ohne Störungen überwinden können. Seit Freitag sind Kurriere eingesetzt, die den bisher telefonisch abgewickelten Meldebetrieb übernehmen.

Unerwünschte Sympathie

DT. Wenn irgendwo in der weiten Welt etwas geschieht, was den Machthabern der Sowjetzone den Anreiz zu einer propagandistischen Ausbeutung vermittelt, dann kommen von dort Kundgebungen und Entschlüsse, die — je nach den besonderen Forderungen der Linientreue — entweder Protest oder Sympathie zum Ausdruck bringen. Das ist befohlener Brauch und schon deshalb ein Hohn auf die Freiheit.

So hat sich die kommunistische Industriergewerkschaft Eisenbahn und Transport der Sowjetzone soeben mit den in Freiheit streikenden britischen Lokomotivführern solidarisch erklärt; das werden diese wahrscheinlich als eine peinliche und verdächtige Einmischung betrachten. Universitäten der Sowjetzone, diese Zwangsanstalten der kommunistischen Schulung, haben sich sogar zu Wort gemeldet, um der Universität Göttingen ihre Sympathie mit dem Protest gegen den niedersächsischen Kultusminister Schlüter zu übermitteln.

Die westdeutschen Universitäten lehnen eine derart verdächtige Sympathie nicht nur ab, sondern sie verbitten sich das. Sie würden bereit sein, solche Kundgebungen zur Kenntnis zu nehmen, wenn durch überzeugende Handlungen bestätigt werden könnte, daß sie nicht ein dummer Akt befohlener Einmischung sind, sondern aus einer Haltung entspringen, die im Namen der Freiheit, des Rechtes und der geistigen Sauberkeit auch im eigenen Staats- und Lebensbereich den Mut zu Protest aufbringt. Aber davon haben wir noch nie gehört, obwohl es an wirklich erregenden Gelegenheiten niemals fehlte. Deshalb können die von Universitäten der Sowjetzone kommenden Kundgebungen zum Fall Schlüter nicht einmal zur Kenntnis genommen — sie können nur angeprangert werden.

Panzerdenkmal
abgetragen

Die von einer Babelsberger Firma ausgeführten Arbeiten zur Beseitigung des sowjetischen Panzerdenkmals auf der Potsdamer Chaussee in Wannsee sind beendet. Der Sockel ist abgetragen, einen Teil des unter der Erdoberfläche liegenden Fundaments wird man vermutlich im Erdboden lassen, nachdem festzustehen scheint, daß sich darunter nicht die Gebeine gefallener sowjetischer Soldaten befinden.

Fliegen Atomraketen über Ozeane? Lufthansa in New York

Ergebnisse der militärisch-technischen Forschung

Obwohl sich eigentlich jeder halbwegs vernünftige Mensch in der Welt über die Sinnlosigkeit des Krieges zwischen Großmächten im Atomzeitalter klar ist, geht die Kriegstechnik ununterbrochen in ihrer Entwicklung weiter. Seitdem in Peenemünde während des zweiten Weltkrieges Wernher von Braun und Dornberger mit anderen deutschen Ingenieuren die V 2 erfanden, hat die Entwicklung keinen Augenblick stillgestanden.

Sowohl die Amerikaner als auch die Russen haben weitergearbeitet. Heute ist ein Stadium erreicht, das eine drei-

und Matador. Für den Luftkampf benutzen die modernen Düsenjäger die Rakete Falcon und eine von der Marine entwickelte Rakete Sparrow. Und als Luftabwehrrakete gegen den Angriff von Bombengeschwadern auf Städte und Fabrikanlagen ist die Rakete Nike entwickelt worden, unter deren Schutz schon die amerikanische Hauptstadt Washington gestellt worden ist.

Freunde in der SBZ bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin - Charlottenburg 9, mitzuteilen.

stufige V 2 eine Atombombenladung über eine Entfernung von 8000 km, das heißt, von Kontinent zu Kontinent tragen kann.

In weiteren zehn Jahren, so glaubt man, wird eine derartige interkontinentale Atomrakete, die natürlich elektronensteuerbar ist, eine „übliche“ Waffe sein, das erklärte jedenfalls der Kommandeur der Kontinentalen Luftverteidigung der USA, General Chidlaw.

Die interkontinentale Atomrakete wird 40 m lang sein und in 160 km Höhe mit einer Geschwindigkeit von 13 000 bis 20 000 km in der Stunde fliegen. Sie wird unterwegs zwei Treibstufen mit den Düsenmotoren sowie den zugehörigen Treibstoffbehältern abwerfen und nur die 12 m lange Spitze mit der Atombombenladung und der elektronischen Steuerung wird am Ziel einschlagen, um Tod und Vernichtung für ganze Städte zu bringen. Aus diesem Grunde glaubt man, daß diese gefährliche Waffe unter Umständen sogar kriegsverhindernd wirken kann.

Die Rakete verdrängt die Kanone. Für den Abschluß von U-Booten und Schlachtschiffen hat die amerikanische Marine die Rakete Regulus mit einer Reichweite von Hunderten von Kilometern geschaffen. Bei der Armee und der Luftwaffe existieren die Raketen Corporal

Mit einer vorschrittsmäßig sanften Landung setzte am Donnerstag das erste deutsche Lufthansa-Flugzeug nach dem Kriege auf der Rollbahn des New-Yorker Flughafens Idlewild auf und schaltete damit die Bundesrepublik in den transatlantischen Luftverkehr ein.

Als erster transatlantischer Lufthansa-Passagier verließ Verkehrsminister Seeborn mit seiner Tochter die große silberne Super-Constellation.

Gipfel bezwungen

Eine britische Himalaja-Expedition unter Leitung von Charles Evans hat den drithöchsten Gipfel der Erde, den Kangchenzönga (8580 Meter), bezwungen, den bisher noch kein menschlicher Fuß betrat.

Bilanz der Nächstenliebe

Tätigkeitsbericht des evangelischen Hilfswerks

Im Jahre 1954 hat das Evangelische Hilfswerk nach einem jetzt veröffentlichten Tätigkeitsbericht Spenden im Werte von rund 30 Millionen DM aus dem Auslande erhalten. Lebensmittel und Bekleidung im Gewicht von 12,5 Millionen Kilogramm stellten den größten Teil der Spende dar. Der überwiegende Teil kam, wie schon in den vergangenen Jahren, aus den Vereinigten Staaten, Norwegen, Schweden, der Schweiz und England.

Das Evangelische Hilfswerk will aus Anlaß seines zehnjährigen Bestehens im Oktober in Berlin auf einer besonderen Veranstaltung mit Bischof D. Dibelius einen Rechenschaftsbericht über diese Zeit geben. Der Gesamtspendeneingang aus dem Ausland beläuft sich bis Ende 1954 auf 105,7 Millionen Kilogramm.

Neue Opern

Drei deutsche Erstaufführungen plant die Westberliner Städtische Oper für die kommende Spielzeit. Von Menotti wird das kürzlich in New York uraufgeführte und zur Zeit an der Mailänder Scala laufende Musikdrama „Die Heilige der Bleecker Street“ für Deutschland erstaufführt. Außerdem bringt der

Intendant Carl Ebert zwei Neuentdeckungen aus italienischer Meister, die „Medea“ von Cherubini und „Graf Ory“ von Rossini zum erstenmal für Deutschland heraus.

Zum erstenmal nach elfjähriger Unterbrechung legt die Städtische Oper für die Spielzeit 1955/56 ein Abonnement auf.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Vedacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.